Landtag Brandenburg **Drucksache 6/1258**
6. Wahlperiode

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage 452
des Abgeordneten Steeven Bretz
der CDU-Fraktion
Drucksache 6/977

Synagogenbau in der Landeshauptstadt Potsdam

Wortlaut der Kleinen Anfrage 452 vom 26.03.2015

Die jüdischen Gemeinden in der Landeshauptstadt Potsdam sind sich auch im vierten Diskussionsjahr über die Ausgestaltung einer gemeinsamen Neuen Synagoge nicht einig. Gleichwohl war die Landesregierung bereits Mitte 2013 der Meinung (siehe KA 2955 DS 5/7449), „dass eine abschließende Entscheidung im Sinne des Projektes in absehbarer Zeit getroffen sein sollte“. Geschehen ist dies bislang nicht. Laut Presseberichterstattung bereitet die Landesregierung einen „Neuanlauf zum Synagogenneubau“ vor und verabschiedet sich vom Stiftungsmodell hin zum Trägermodell.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welcher aktuelle Verhandlungsstand ist zwischen der Landesregierung und den jüdischen Gemeinden seit dem 20. Februar 2013 (Gemeinsame Erklärung zum gemeinsamen Ziel der Errichtung eines gemeinsamen jüdischen Zentrums in Potsdam) erreicht worden?
2. Erkennt das Land noch den Willen aller Beteiligten, die Bemühungen um einen Konsens zu einem guten Ende zu führen?
3. Welche erfolgversprechende Perspektive sieht das Land für den Bau der Synagoge, die bauliche Ausgestaltung des Gebäudes und die Sicherung der Ausgestaltung als offenes Zentrum?
4. Aus welchen Gründen hat sich die Landesregierung gegen ein Festhalten am Stiftungsmodell entschieden?
5. Inwieweit ist die Idee eines Trägermodells mit den jüdischen Gemeinden Potsdams abgestimmt?
6. Weshalb hält die Landesregierung die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) für den geeigneten Träger des Bauprojektes?

Datum des Eingangs: 27.04.2015 / Ausgegeben: 04.05.2015

7. Hält das Land weiterhin am Synagogenentwurf des Berliner Architekten Jost Haberland fest?
8. Wann ist mit einer Entscheidung der Landesregierung über die Durchführung des Gesamtprojektes zu rechnen?
9. Kann der Baubeginn der jüdischen Synagoge noch im Jahr 2015 erfolgen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:
Welcher aktuelle Verhandlungsstand ist zwischen der Landesregierung und den jüdischen Gemeinden seit dem 20. Februar 2013 (Gemeinsame Erklärung zum gemeinsamen Ziel der Errichtung eines gemeinsamen jüdischen Zentrums in Potsdam) erreicht worden?

Zu Frage 1:
Die Landesregierung hat die Fortsetzung des Bauvorhabens im Jahr 2011 unterbrochen, um die Herstellung einer möglichst breiten Übereinstimmung über Inhalt, Gestalt und Zwecksetzung des Gebäudes innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Potsdam zu ermöglichen. In der Folgezeit hat eine Vielzahl von Gesprächen stattgefunden, die großenteils unter der vermittelnden Leitung des Staatssekretärs im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur durchgeführt wurden. Trotz Annäherung in verschiedenen Einzelfragen konnte eine Verständigung auf die Gestalt und Trägerstruktur eines gemeinsamen jüdischen Zentrums nicht erreicht werden.

Die Landesregierung hat das Vorhaben deshalb im Sommer 2014 für die fünfte Legislaturperiode beendet, da keine Lösung mehr zu erzielen war. Die Koalitionsvereinbarung der gegenwärtigen Legislaturperiode weist dem Ziel einer Vollendung des Projektes aber weiterhin eine große Bedeutung zu. Deshalb bemüht sich die Landesregierung weiterhin, für die Juden in Potsdam und darüber hinaus unabhängig von ihrer Gemeindezugehörigkeit in prominenter Lage ein religiöses, kulturelles, soziales und integratives Angebot zu schaffen.

Frage 2:
Erkennt das Land noch den Willen aller Beteiligten, die Bemühungen um einen Konsens zu einem guten Ende zu führen?

Zu Frage 2:
Aus der jüdischen Gemeinschaft in Potsdam wurde von keiner Seite das gemeinsame Ziel in Frage gestellt.

Frage 3:
Welche erfolgversprechende Perspektive sieht das Land für den Bau der Synagoge, die bauliche Ausgestaltung des Gebäudes und die Sicherung der Ausgestaltung als offenes Zentrum?

Zu Frage 3:
Die Landesregierung geht unverändert davon aus, dass die Zugehörigkeit der jüdischen Gemeinschaft zum Land Brandenburg durch die Schaffung eines Angebotes für die jüdische Bevölkerung in zentraler Lage der Landeshauptstadt Potsdam einen angemessenen Ausdruck finden wird.

Frage 4
Aus welchen Gründen hat sich die Landesregierung gegen ein Festhalten am Stiftungsmodell entschieden?

Frage 5:
Inwieweit ist die Idee eines Trägermodells mit den jüdischen Gemeinden Potsdams abgestimmt?

Frage 6:
Weshalb hält die Landesregierung die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) für den geeigneten Träger des Bauprojektes?

Zu Fragen 4, 5 und 6:
Die der Fragestellung zugrunde liegende Annahme, dass bereits eine Entscheidung über die Trägerstruktur gefallen sei, ist unzutreffend.

Frage 7:
Hält das Land weiterhin am Synagogenentwurf des Berliner Architekten Jost Haberland fest?

Zu Frage 7:
Der Architektenvertrag besteht unverändert fort.

Frage 8:
Wann ist mit einer Entscheidung der Landesregierung über die Durchführung des Gesamtprojektes zu rechnen?

Zu Frage 8:
Das hängt von Faktoren ab, die sich dem alleinigen Einfluss der Landesregierung entziehen.

Frage 9:
Kann der Baubeginn der jüdischen Synagoge noch im Jahr 2015 erfolgen?

Zu Frage 9:
Nein.